

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Jänner 1960

66/J

A n f r a g e

der Abgeordneten U h l i r , P r o b s t , W i n k l e r , H o l o u b e k ,  
P r e u ß l e r und Genossen

an den Bundesminister für Justiz,

betreffend gesetzliche Massnahmen auf dem Gebiete des Strafvollzuges.

-.-.-.-

Die Öffentlichkeit ist immer wieder erregt über unverständlich scheinende  
Massnahmen des Strafvollzuges, die auf Grund der gegenwärtigen Gesetzeslage  
getroffen werden, insbesondere darüber, dass

zu lebenslangen Kerker verurteilte Schwerverbrecher wieder in Freiheit  
gesetzt werden,

wegen Mordes oder schwerer Sittlichkeitsdelikte Verurteilte nach Verbüßung  
von zwei Dritteln ihrer Strafe wegen "guter Führung" bedingt entlassen werden,

es keine Möglichkeit gibt, Verbrecher, die auch nach Verbüßung ihrer  
Strafe eine potentielle Gefahr für ihre Mitmenschen bilden, weiter festzuhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister  
für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, dem Hohen Haus eine Dar-  
stellung der gegenwärtigen Rechtslage hinsichtlich der in der Anfrage angeführ-  
ten Punkte zu geben, sowie mitzuteilen, ob und welche unmittelbare gesetzliche  
Massnahmen der Herr Bundesminister vorzuschlagen in der Lage ist, um die mensch-  
liche Gesellschaft besser zu schützen?

-.-.-.-